Motion

Änderung des Gesetzes über den Schutz von Personendaten (Kantonales Datenschutzgesetz KDSG; RB 2.2511)

Antrag

*Gestützt auf Artikel 115 ff der Geschäftsordnung des Landrats wird der Regierungsrat beauftragt, das **kantonale Datenschutzgesetz dahingehend zu ändern, dass Einwohnerkontrollen künftig Personendaten** – also alle Angaben, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person beziehen – **an private Dritte weitergeben können, wenn diese berechnete Interessen glaubhaft machen können. Jede Person soll jedoch über ein Sperrrecht verfügen können**, damit Personendaten, die sie betreffen, nicht an private Dritte weitergegeben werden dürfen.*

Begründung

In den Urner Gemeinden war es während Jahren gelebte Praxis, lokalen Vereinen, Organisationen oder auch politischen Parteien gefilterte Personendaten zugänglich zu machen. So wurden beispielsweise für musikalische Gratulationsständchen Geburtsdaten von Einwohnerinnen und Einwohnern zur Verfügung gestellt, den Schützengesellschaften Namen und Vornamen von potenziellen Jungschützinnen und -schützen oder den Frauen- und Müttergemeinschaften nach spezifischen Bedingungen oder Kriterien gefilterte Angaben zu den für gemeinschaftliche Aktivitäten ins Auge gefassten gesellschaftlichen Kreisen oder Altersgruppe geliefert. Dies geschah auch *nach* der Einführung des Datenschutzgesetzes (1994) und *nach* der 2008 vorgenommenen Anpassung des Datenschutzgesetzes respektive vor der Totalrevision des KDSG (2023). Dieses Vorgehen war eigentlich nicht rechtmässig. Den Personen, die diese Daten zugänglich gemacht haben, bösen Willen oder gar gezieltes gesetzeswidriges Handeln anlasten zu wollen, wäre aber meines Erachtens eine Unterstellung. Viel mehr dürften sich die Verantwortlichen ihres nicht gesetzeskonformen Handelns ganz einfach nicht bewusst gewesen sein.

Die in jüngster Vergangenheit erfolgten Revisionen des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG; SR 235.1) und des kantonalen Datenschutzgesetzes (RB 2.2511) haben gemäss Tätigkeitsbericht der Datenschutzbeauftragten des Kantons Uri für den Berichtszeitraum 1. Juni 2023 bis 31. Dezember 2024 «zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für das Thema Datenschutz und zu einer verstärkten Sensibilisierung bei Behörden und Privaten geführt». So haben beispielsweise mehrere Gemeinden Abklärungen getroffen, wer zu welchem Zweck welche Personendaten bearbeiten darf. **Mit der Konsequenz, dass die erwähnten Gruppierungen nicht mehr von zur Verfügung gestellten gefilterten Personendaten profitieren können.** Das heisst: Sie müssen kostspielige und zeitintensive Alternativen prüfen und in die Wege leiten, um an diese Personendaten zu gelangen – beispielsweise den Druck und (mit hohem Streuverlust verbundenen) Versand von Flyern in alle Haushaltungen einer Gemeinde oder Werbeaktionen an Schulen.

Vereine und weitere lokale Organisationen leisten wertvolle idealistische Arbeit zum Wohle unserer Gesellschaft. Sie übernehmen wichtige Aufgaben im Interesse eines funktionierenden sozialen Lebens in unseren Gemeinden und auf Kantonsebene. Der Kanton Aargau lebt

dieser Erkenntnis auf gesetzlicher Ebene nach – mit einer pragmatischen Lösung für die Weitergabe von gefilterten Personendaten an lokale Vereine, Organisationen oder auch politische Parteien, die zudem den **Finanzhaushalt des Kantons nicht belastet**. Nach Artikel 16 des Gesetzes über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen (IDAG) können die Aargauer Einwohnerkontrollen privaten Dritten im Einzelfall auf Gesuch hin Namen, Vornamen, Alter, Bürgerort und Adresse einer Person weitergeben, wenn diese **berechtigte Interessen** glaubhaft machen. Werden diese Personendaten **ausschliesslich für ideelle Zwecke** verwendet und von privaten Dritten nicht weitergegeben, können sie **nach bestimmten Kriterien geordnet bekannt gegeben** werden. Gleichzeitig hat der Kanton Aargau aber auch eine **Datensperre** eingebaut. Das heisst: Jede Person kann verlangen, dass die sie betreffenden Personendaten nicht an private Dritte weitergegeben werden. Die Einwohnerkontrollen stellen das einfache Ausüben dieses Sperrrechts durch geeignete Vorkehren sicher. Auch der Kanton Schwyz kennt in Artikel 12 und 13 seines Gesetzes über die Öffentlichkeit der Verwaltung und den Datenschutz eine fast gleich lautende gesetzliche Regelung (ebenfalls mit Datensperre). Die Empfänger der Daten müssen sich im Kanton Schwyz **ausdrücklich dazu verpflichten**, diese **ausschliesslich für schützenswerte ideelle Zwecke** zu verwenden.

Ich fordere die Regierung auf, mit einer Änderung/Ergänzung des kantonalen Datenschutzgesetz eine passende Urner Lösung zu schaffen, welche die administrativen Tätigkeiten der Vereine erleichtert und damit gleichzeitig ein Zeichen der Wertschätzung für deren äusserst ideelle und wertvolle Arbeit zu setzen.

Seedorf, 26. März 2025

Erstunterzeichner

Bruno Arnold
parteilos, Seedorf (Mitglied Fraktion die Mitte)

Zweitunterzeichner

Ruedi Wyrsh
Die Mitte, Flüelen

Franz Imholz
SVP, Spiringen

Walter Tresch
FDP, Erstfeld

Valentin Schmidt
Fraktion SP/Grüne, Altdorf